

Antragsteller: SPD Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD Fraktion in der Stavo

Betreff: Gendergerechte Sprache in der Verwaltung

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, sich für die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes für die gendergerechte Sprache in der Verwaltung der Stadt Kassel einzusetzen. Dadurch sollen auch die 102.365 Frauen (Stand 2017) und alle anderen Geschlechter von der Stadt angesprochen werden.

Begründung:

Laut Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt und kein Mensch darf aufgrund des Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden. Dies ist durch die derzeitig verwendete Sprache der Verwaltung nicht gegeben. Die gendergerechte Sprache ermöglicht die Gleichberechtigung von Frauen und Menschen anderer Geschlechtszugehörigkeit und macht diese sichtbar. Dabei geht es auch um das grundsätzliche Ziel der Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Dass die Umsetzung eines solchen Konzepts möglich ist zeigt die Stadt Hannover. Eine Orientierung an ihrem Konzept wäre wünschenswert. Dazu werden in den meisten Fällen die Pluralformen verwendet (Bsp. Auszubildender – die Auszubildenden; Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – die Mitarbeitenden), bei einer Nennung beider Formen wird der „Gender-Star“ benutzt (Bsp. Kolleg*innen).